



Frau  
Präsidentin des Nationalrates  
Parlament  
1010 Wien

ALOIS STÖGER  
Bundesminister  
Stubenring 1, 1010 Wien  
Tel: +43 1 711 00 – 0  
Fax: +43 1 711 00 – 2156  
alois.stoeger@sozialministerium.at  
www.sozialministerium.at  
DVR: 0017001

**GZ: BMASK-90180/0024-III/2017**

Wien, 7.4.2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 12246/J des Abgeordneten Peter Wurm und weiterer Abgeordneter** wie folgt:

**Fragen 1 bis 4:**

Die Entstehung der Stellungnahme und die von der Bundeswettbewerbsbehörde gewählte Vorgangsweise ist im veröffentlichten Dokument der BWB nachzulesen ([www.bwb.gv.at](http://www.bwb.gv.at)). Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz war weder in die Gestaltung der Fragestellungen bzw. des Umfangs der Stellungnahme noch in die Durchführung bzw. Auswertung eingebunden.

**Frage 5:**

Die Frage ist nicht verständlich, der Satz nicht vollständig. Eine Beantwortung ist daher unmöglich.

**Fragen 6 bis 22:**

Es gab Gespräche der Bundeswettbewerbsbehörde mit der zuständigen Fachabteilung der Sektion Konsumentenpolitik des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Die grundsätzliche befürwortende Haltung des Sozialministeriums für ein Verbot von zusätzlichen Abhebegebühren an Bankomaten ist seit einer entsprechenden Vorlage eines Gesetzesvorschlages meines Ressorts und dessen Übermittlung an den Koalitionspartner

auch aus den Medien bekannt. In die Auswahl der befragten Stakeholder war das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz nicht eingebunden.

**Frage 23:**

Die Stellungnahme erfolgte in alleiniger Verantwortung der Bundeswettbewerbsbehörde.

Mit freundlichen Grüßen

Alois Stöger

